



Moin liebe Leserinnen und Leser,

wenn ich in den sitzungsfreien Wochen im Wahlkreis unterwegs bin, bringe ich danach immer einen **Koffer voller Themen, Anliegen** und auch **Beschwerden mit nach Berlin**. In der vergangenen Woche waren es vor allem die Landwirte, die ihrem **Ärger über das Agrarpaket** Luft gemacht haben. Und das zu Recht! Sie sind enttäuscht, wütend und haben Angst vor der Zukunft. Diese Sorgen nehme ich ernst und mache mich auch weiterhin **für unsere Landwirte im Land stark!**

Ein weiteres großes Thema bei uns vor Ort ist die **Mobilität**. Ohne ein Auto von A nach B zu kommen, ist in weiten Teilen des Wahlkreises gar nicht möglich. Der Verzicht auf das Auto zugunsten alternativer Verkehrsmittel ist schwierig. Das weiß auch die Bundesregierung und hat am vergangenen Montag beim **"Autogipfel"** die Weichen für die Mobilität der Zukunft gestellt. Mit der **Erhöhung und Verlängerung der Kaufprämie für Elektroautos und dem flächendeckenden Ausbau der Landstationen** soll jeder Autofahrer, ob in der Stadt oder auf dem Land, die Möglichkeit haben, auf das Elektroauto umzusteigen. Klar muss aber auch sein, dass das **Elektroauto nicht für jeden eine Alternative** ist. Das gilt besonders für die vielen Pendler, die lange Strecken zur Arbeit zurücklegen müssen. Grundsätzlich finde ich aber, dass das Ergebnis des Gipfels ein **richtig guter Schritt nach vorne** ist. Auch wenn das erklärte Ziel, dass bis 2030 sieben bis zehn Millionen Elektroautos auf den Straßen fahren sollen, ein ambitioniertes ist. **Ambitioniert** müssen wir auch weiterhin beim **Thema Wasserstoff** sein, wenn wir weitere Antriebsstoffe für das Auto der Zukunft wollen.

Mit der Politik, die wir machen, schauen nach vorn. Das gilt vor allem bei Reformen im wirtschafts-, sozial- und familienpolitischen Bereich. Fragen nach der Gerechtigkeit von Leistungen und deren Finanzierung sind und waren immer unsere Richtschnur. Diese Fragen dürfen wir bei der derzeitigen **Diskussion um die Grundrente** nicht über Bord werfen! Ich bin für eine Grundrente für genau die Menschen, die sie auch wirklich brauchen. **Dazu gehört auf jeden Fall eine Bedürftigkeitsprüfung**. Halten wir an dieser Maxime nicht fest,bürden wir nicht nur der jungen Generationen weitere enorme Lasten auf, sondern gehen auch fahrlässig mit den Steuergeldern hart arbeitender Menschen um. **Eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung schafft nicht mehr, sondern weniger Gerechtigkeit!**

Diese Woche war aber noch viel mehr los! Ich freue mich, dass Sie wieder dabei sind und wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen. Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**



Kennen Sie schon meinen **WhatsApp-Informationen-Service?**

Die Themen der Woche

Keine Zusammenarbeit mit der AfD und den LINKEN

Die nach der Thürigen-Wahl entfachte Diskussion um eine Kooperation der CDU mit Parteien des ganz linken und ganz rechten Spektrums lehne ich ab. Wir haben einen **Parteitagsbeschluss von 2018**, also noch kein Jahr alt, der klarstellt: **Wir kooperieren weder mit der AfD, noch mit der Linke**. Wenn wir jetzt diesen Grundsatz aufgeben, dann wäre das ein Dammbbruch, den wir nach meiner festen Überzeugung nicht mehr einfangen können. Damit wäre **unsere Glaubwürdigkeit als Volkspartei** endgültig dahin. Auch das Argument der staatspolitischen Verantwortung ändert daran gar nichts. Denn das zöge ja genauso bei einer möglichen Kooperation mit der AfD. Extremisten bleiben Extremisten, ob nun von rechts oder von links!

Nationale Tourismusstrategie soll Standort Deutschland stärken

In einem Antrag haben wir Abgeordnete die Bundesregierung aufgefordert, die **Rahmenbedingungen für den Tourismus in Deutschland weiter zu stärken**. Fast drei Millionen Menschen sind in der Tourismusbranche beschäftigt. Besonders in den ländlichen Regionen unseres Wahlkreises ist die Branche ein **Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**. Wir wollen, dass die Bundesregierung im Rahmen ihres angekündigten Aktionsplanes 2020 u.a. **Förderverfahren vereinfacht, bürokratische Belastungen abbaut, mehr Jugendliche für Tourismusberufe gewinnt** und die Barrierefreiheit im Tourismus weiter ausbaut.



Angehörigenentlastung bei Pflegekosten & Entschädigung von Gewaltopfern

In der zurückliegenden Woche haben wir eine Reihe von Gesetzen und Anträgen auf den Weg gebracht, die für viele Menschen im Land einen wirklichen Mehrwert schaffen. Zwei davon sind das **Angehörigen-Entlastungsgesetz** und das **Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts**.

Mit dem **Angehörigen-Entlastungsgesetz** sollen Angehörige nicht mehr für die Pflegekosten der Betroffenen einspringen müssen. Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab einer Höhe von mehr als 100.000 Euro im Jahr zurückzugreifen werden. Wir wollen ein klares Signal setzen, dass die Gesellschaft **die Belastungen von Angehörigen**, beispielsweise bei der Unterstützung von Pflegebedürftigen, **anerkennt** und sie spürbar entlastet werden.

Die **Reform des sozialen Entschädigungsrechts** ist ein zweites wichtiges Gesetz, das in dieser Woche abgeschlossen wurde. **Opfer von Gewalttaten**, von **Terroranschlägen**, von **sexueller und psychischer Gewalt** sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen wollen wir schneller als bisher helfen. Der Erhalt von **Entschädigungsleistungen** und die gesellschaftliche Eingliederung wird erleichtert. Für dieses neue Entschädigungsrecht wird ein neues Sozialgesetzbuch geschaffen, in das dann auch ein **erweiterter Gewaltbegriff** Einzug erhält.

Was die Woche sonst noch los war

Schutz und Befähigung für Kinder und Jugendliche im Netz

Am Mittwoch hatten die AG Kultur und Medien sowie die AG Familie ein

gemeinsames **Fachgespräch zur Modernisierung des Kinder- und Jugendmedienschutzes**. Klar ist, dass die aktuellen Schutzmechanismen veraltet sind und dringend reformiert werden müssen. So sind die Kernprobleme der modernen und digitalen Mediennutzung im Gesetz bisher nicht erfasst. Um hier eine zeitgemäße Regelung zu erreichen, müssen wir **auf Bundesebene das Jugendschutzgesetz umkrempeln** und die Länder den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag reformieren. Beide Gesetze sind aus dem Jahr 2002 und müssen dringend der digitalen Mediennutzung angepasst werden.



Das aktuelle Jugendschutzgesetz bezieht sich ausschließlich auf Trägermedien wie CDs, DVDs, Bücher und Zeitschriften, der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag auf Fernsehen, Radio und Internet. In dem Gespräch waren wir Abgeordneten und die geladenen Experten uns einig, dass die **potentielle Gefährdung unserer Kinder im Netz** durch Social-Media und Online-Spiele immer größer wird. **Mobbing, Cybergrooming oder die sexuelle Belästigung von Kindern und Jugendlichen** sind schon lange **keine Ausnahmen mehr**. Die geltenden Aufsichtsverfahren sind aufgrund der Vielzahl der zu beteiligenden Institutionen langwierig und können mit der Dynamik des Internets nicht annähernd Schritt halten.

Wir wollen Kinder und Jugendliche besser vor Übergriffen aus dem Netz schützen, sie, ihre **Eltern und Lehrer im Umgang mit neuen Medien** aber auch **aufklären und befähigen**. Denn in Zukunft werden viele Bereiche unseres Lebens von der Digitalisierung geprägt sein, darauf soll und muss die heranwachsende Generation bestens vorbereitet sein. Dabei dürfen wir uns aber nicht nur darauf verlassen, dass **Gesetze unsere Kinder schützen**, sondern müssen als Eltern **aktiv die Mediennutzung unserer Kinder begleiten**. Beides - ein modernes Gesetz und Projekte zur Befähigung mit dem Umgang der Medien - sind für mich ein Herzensthema.

Anerkennung von NS-Opfergruppen

Im Rahmen einer Expertenanhörung haben wir am Mittwoch einen Antrag der Koalitionsfraktionen diskutiert, in dem es um die **Anerkennung der NS-Opfergruppen der damals sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“** ging. Während in den Jahren nach 1945 die gesellschaftliche Rehabilitation für eine Vielzahl von NS-Opfern einsetzte, wurden die als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten ausgeblendet. Sie wurden lange nicht als Opfer des Nationalsozialismus erkannt. Anders als Menschen, die wegen ihrer Religion, Zugehörigkeit zu einer Minderheit, Homosexualität, Rasse oder politischen Überzeugung inhaftiert wurden und im KZ gesessen haben, lassen sie sich als Gruppen nur schwer greifbar machen.



Bei „**Asozialen**“ griffen die Nationalsozialisten auf die bereits bestehende Abneigung gegenüber bestimmten **Randgruppen wie Obdachlose, Bettler oder Prostituierte** zurück. Bei „**Berufsverbrechern**“ handelte es sich zunächst um Personen, die in der Regel **wegen Eigentumsdelikten** mindestens dreimal zu Freiheitsstrafen von

mindestens sechs Monaten **verurteilt worden** waren. Die Aushebelung des Rechtsstaats bedeutete auch für "Asoziale" und "Berufsverbrecher" **Verfolgung, Verschleppung und Vernichtung** in den Konzentrationslagern.

Bisher können **beide Gruppen Leistungen nach den Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen** im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG-Härterichtlinien) beantragen. Eine **gesellschaftliche Anerkennung**, die das Schicksal der Verfolgten über einen finanziellen Betrag hinaus würdigt, hat dagegen **bisher nicht stattgefunden**. Der Deutsche Bundestag will diese beiden Opfergruppen **stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken** und ihnen einen angemessenen Platz in der gesellschaftlichen Erinnerungskultur verschaffen.

Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass wir **verstärkt in politische Bildungsarbeit investieren** und auch die Themen des Nationalsozialismus in die Öffentlichkeit tragen, die bisher geringere Beachtung gefunden haben.

Gespräch mit der Landjugend

Der Donnerstagmorgen startete mit einem guten Gespräch mit **Vertretern der Landjugend**. Gemeinsam mit meinem Kollegen **Michael von Abercron** haben wir mit **Sebastian Schaller** (Foto), **Kathrin Muus** und **Sandra Schlee** über eine Reihe von Themen gesprochen, die die Jugend auf dem Land umtreibt. Die neu entstehenden **Ehrenamtsstiftung**, die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse** in der Stadt und auf dem Land und natürlich die Frage, wie wir mit dem Wolf weiter umgehen wollen, waren unsere Gesprächsthemen.



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

Wichtige Termine in der Woche vom 11. bis 15.11.2019

Montag, 11.11.2019

Beginn einer neuen Sitzungswoche in Berlin

- Gespräch mit Schülern des Gymnasiums Lütjenburg
- Sitzung der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein

Dienstag, 12.11.2019

- Feierliches Gelöbnis auf dem Platz der Republik
- Fraktionssitzung

Mittwoch, 13.11.2019

- "Hafenfrühstück" bei der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund
- Sitzungen der Ausschüsse Familie sowie Kultur & Medien
- Fachgespräch zum Thema "Landwirtschaft ist Mittelstand"

Donnerstag, 14.11.2019

- Treffen mit Vertretern der Schülerfirma "Repair&Care" von der Gemeinschaftsschule Neumünster-Brachenfeld
- Plenardebatte: Bundesprogramm "Jugend Erinnert"

Freitag, 15.11. 2019

- Austausch der "Gruppe 17" mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn
- Plenardebatte: 20 Jahre Washingtoner Prinzipien – Restitution von NS-Raubkunst fortsetzen

Samstag, 16.11.2019

- Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein in Neumünster
- Neumitgliedertreffen der CDU Schleswig-Holstein

Einladung an alle Interessierten

In dieser Woche haben wir im Bundestag das **Digitale-Versorgungs-Gesetz** verabschiedet. Künftig gibt es **Gesundheitsapps auf Kassenkosten** und eine **leichtere Nutzung von Online-Sprechstunden**. Außerdem wird die **wissenschaftliche Verwendung von digitalisierten Patientendaten** wird vereinfacht. Ziel des Gesetzes ist es, Zeit und Kosten zu sparen und die medizinische Versorgung zu verbessern. Besonders für die **ländlich geprägten Regionen** ist das ein wichtiges Signal. Denn innovative Neuerungen im Gesundheitsbereich und die **Möglichkeiten der Digitalisierung** bieten eine Chance, die hohe Qualität von medizinischen Leistungen vor Ort zu halten und zu verbessern.



Zu diesem spannenden Thema möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen und lade Sie herzlich zu der Diskussionsveranstaltung:

"Die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung auf dem Land"

am Dienstag, 19. November 2019 um 19 Uhr in das Café Kloenschnack der Ostseeklinik Holm-Schönberg, An den Salzwiesen 1, 24217 Schönberg, ein.

Anmeldungen nehme ich unter **melanie.bernstein@bundestag.de** gerne entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)